

micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)



Zachäus würde gerechte Steuern zahlen

Die ökumenische Zachäus-Kampagne

Übersicht Heft 3 /2021

- | | | | |
|---|------|---|-------|
| 1. Editorial: Helge Meves/Franz Segbers | S. 2 | 5. Religionspolitisches Kolloquium 2021... | S. 11 |
| 2. Franz Segbers: Der Zöllner Zachäus: Die Bekehrung eines Steuerbetrügers..... | S.2 | 6. Tagungen/Termine..... | S. 13 |
| 3. Martin Gück: Die Zachäus-Kampagne...S | 4 | 7. Ilseget Fink zur Ehrenvorsitzenden der BAG LINKE Christ*innen ernannt | S. 9 |
| . Aufruf der Zachäus-Kampagne..... | S 6 | 8. Zur Debatte: Mitgliedschaft von Kindern in Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften | S. 10 |
| 4. Axel Troost: Es ist Zeit für eine gerechte Steuerpolitik..... | S 8 | 9. Publikationen..... | S. 11 |
| | | 10. Berichte aus der BAG und den LAGs | S 14 |

EDITORIAL

Wenn micha.links erscheint, wird die neue Koalition noch nicht stehen. Doch eines steht fest: Die FDP ist eine Verbotspartei. Sie verhindert Steuererhöhung für die Vermögenden und deshalb auch keine Steuerentlastung für die ärmeren Haushalte. Das zeigt, dass die Fragen der Steuerpolitik auf die Tagesordnung gesetzt sind und zum Streit zwischen den verschiedenen politischen Lagern werden. Dabei ist Zeit für eine gerechte Steuerpolitik, wie Axel Troost in seinem Beitrag deutlich macht.

Im November 2019 hat der Ökumenische Rat der Kirchen gemeinsam mit anderen weltweiten ökumenischen Verbänden bei den Vereinten Nationen eine Zachäus-Kampagne gestartet.

Franz Segbers

Der Zöllner Zachäus: Die Bekehrung eines Steuerbetrügers

Auch in der Coronakrise pausierte die Bereicherungsmaschinerie des Kapitalismus nicht. Die Zahl der Milliardäre hat in Deutschland einen Höchststand erreicht. Aber auch die Zahl der Armen ist gestiegen. Die Ungleichheit, wie sie vor der Coronakrise auch schon bestand, hat an Fahrt zugenommen. Das eine Prozent der Allerreichsten hatte schon vor der Krise mehr Vermögen als die unteren 90 Prozent der Bevölkerung. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung muss sich rund ein Prozent des Nettovermögens teilen. Der Staat hat zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie enorme Ausgaben zur Unterstützung von Unternehmen getätigt, um eine noch schlimmere Wirtschaftskrise mit Arbeitsplatzverlusten zu verhindern. Während viele Menschen trotzdem den Gürtel enger schnallen mussten, bekamen die Hochvermögenden den größten Teil des Kuchens ab. Die tiefe Spaltung zwischen Arm und Reich ist eine der Folgen einer jahrzehntelangen Politik der Steuersenkung, bei der die Reichen geschont und kleine Einkommen belastet wurden. Die Frage ist: Wer bezahlt die Rechnung? Die Coronakrise hat gezeigt: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat und ein handlungsfähiger Staat braucht Steuern. Deshalb brauchen wir eine gerechte Steuerpolitik.

Grund genug, auf diese weltweite Kampagne in micha.links hinzuweisen, zumal das ökumenische Netzwerk kairós Europa für Deutschland ein breites Bündnis von inzwischen 25 evangelischen und katholischen Diensten und Werken sowie ökumenischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen initiiert hat. Ihr Koordinator Martin Gück stellt die Kampagne vor. Doch wer ist Zachäus? Franz Segbers stellt die biblische Figur des Steuereintreibers Zachäus vor, nach dem die Kampagne benannt ist.

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Helge Meves und Franz Segbers

Das ist der Hintergrund, vor dem wir an die biblische Gestalt des Zachäus erinnern. Wir tun dies in einem großen ökumenischen Zusammenhang. Am 11. Juli 2019 wurde bei den Vereinten Nationen in New York eine Zachäus-Kampagne gestartet. Sie ist eine gemeinsame Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen, des Lutherischen Weltbundes, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen und des Weltmissionsrates. Die Zachäus-Kampagne konkretisiert diese Initiative. Im Mittelpunkt steht die Hauptforderung nach internationaler Steuergerechtigkeit.

Ihren Kampf für eine gerechte Steuerpolitik richten die ökumenischen Organisationen an der biblischen Figur des Zachäus aus. Er ist der einzige Reiche, von dem in der Bibel erzählt wird, dass er sich bekehrt hat. Deshalb knüpfen die Armen der Welt ihre Hoffnung an diesen einen Mann. Sie halten uns, den Reichen der Welt, vor Augen: Ein Reicher, Zachäus hat sich bekehrt.

Kann aber diese Erzählung eines reumütigen Zöllners, Kollaborateur und Profiteuer der Römischen Besatzungsmacht Palästinas, Vorbild für eine Neuordnung des globalen Finanzsystems sein? Nur zu lange hat man die Bekehrung des reich gewordenen Zöllners Zachäus verharmlost

und beschwichtigt. In welcher Welt lebte dieser Mann? Er lebte in dem kleinen Land Palästina, das Rom erobert hatte, um es auszuplündern. Die Herrschenden sprachen von Frieden und Sicherheit, wo doch Ausbeutung und Unterdrückung an der Tagesordnung war. Steuern, Zölle, Abgaben, Tribute, Zwangsarbeit und Aushebungen waren die Instrumente der Ausbeutung der unterworfenen Völker. Wie das Volk ausgebeutet wurde, brachte Rabbi Gamiel II., der im ersten Jahrhundert vor Christus lebte, so auf den Punkt: „Mit vier Dingen zehrt dieses Reich uns aus: mit seinen Zöllen, Bädern, Theatern und den Naturallieferungen.“ Die Ausplünderung erfolgte gemäß dem Recht und das Recht war das Recht der Sieger. Die Bevölkerung war drei Herrschern und deren Steuer- und Abgabeforderungen ausgesetzt: Tribute an Rom, Steuern an Herodes und den Zehnten für die Jerusalemer Priesterklasse. Vor Ort wurden neben anderen Abgaben Warenzölle erhoben.

Zachäus gehörte zu der schmalen reichen Oberschicht, zwar reich geworden durch ungerechte Steuern und Zölle, doch gesellschaftlich verachtet. In den unterworfenen Provinzen Roms konnte man sich das Recht, Steuern einzutreiben, kaufen. Dann hatten die Zöllner die Macht, nach eigenem Belieben die Zollabgaben hochzutreiben. Die Rabbinen in Jesu Zeit sprachen deshalb von „Zöllnern ohne festen Steuersatz“. Jeder Mehreinnahme wanderte völlig legal in die eigene Tasche. Mit diesem erpressten Geld wollte man nichts zu tun haben. Deshalb war es verboten, aus der Zöllnerkasse Almosengelder anzunehmen.

In der Zachäusgeschichte wird nun erzählt, wie einer dieser Zöllner, der Oberzöllner Zachäus, auf Jesus zuging und ihm reumütig bekannte: „Herr, die Hälfte von meinem Besitz gebe ich den Armen, und wenn ich jemanden betrogen habe, so gebe ich es vierfach zurück.“ (Lk 19,1–10) Er gesteht also ein, die Menschen betrogen und sich mit Gewalt bereichert zu haben. Er will zurückerstatten. Für die Menschen war diese Ausplünderung eine Sünde. Diese Zöllner sind Sünder, denn sie bereichern sich durch Willkür und Skrupellosigkeit an den Kleinbauern, wenn sie ihre Waren zu den Märkten bringen.

Diese Geschichte von der Umkehr des reichen Zachäus hat eine subversive Kraft. Es geht in ihr



Globale Steuergerechtigkeit jetzt!

Die Zachäus-Kampagne
der weltweiten Ökumene

um eine dreifache Frage, die von den Reichen tunlichst vermieden wird:

- Woher stammt der Reichtum?
- Was macht den Reichtum des Zollpächters Zachäus so problematisch?
- Wie kann man in einem Unrechtssystem ein gerechtes Leben führen?

Der Oberzöllner erkennt: Was Rom Recht nennt ist Unrecht. Er ist reich geworden und zwar durch Willkür und Missbrauch. Jetzt fragt er sich: Wie kann es Gerechtigkeit in einem Unrechtssystem geben?

Nach rabbinischer Auffassung muss zugefügtes Unrecht wieder gut gemacht werden. Wie die Wiedergutmachung aussieht, ist in den Sozialgesetzen der Bibel genau geregelt. Wenn Zachäus den vierfachen Schadenersatz leisten will, dann tut er genau das, was die Tora bei Diebstahl fordert. Er bekennt damit, dass er wie ein Dieb das Volk bestohlen hat. Umkehr und Bekehrung ist konkret: Sie geschieht, wenn die Armen zu ihrem Recht kommen. Wer sich bereichert hat, muss zurückerstatten. Und wenn er den Armen ein Almosen gibt, dann tut er das, worauf die Armen ein Recht haben. „Almosen“ ist ein „Recht der Armen“ und kein Akt eines herablassenden Mitleids.

Die Erzählung von Zachäus klärt über ungerechte Steuersysteme auf. Auch wenn die Zölle oder Steuern legal sind, sie sind ein Unrecht, wenn sie auf Kosten der Armen zustande kommen. Die Aneignung der Güter der Armen ist eine Sünde, auch wenn es rechtens ist. Genau darin ist die Erzählung über den Zachäus subversiv.

Weltkirchlich bilden die armen Kirchen und Christ*innen die Mehrheit. Mit Bezug auf die biblische Gestalt des Zachäus fordern heute die Kirchen, Christinnen und Christen im globalen Süden die Reichen und die Kirchen im globalen Norden auf, sich an Zachäus ein Beispiel zu nehmen: Er war ein Reicher, der hat sich bekehrt und hat zurückerstattet, was er sich angeeignet hatte. Die Christ*innen des globalen Südens erzählen uns reichen Christinnen und Christen im globalen Norden mit dem Zachäus eine Geschichte, die davon handelt, dass die Reichen zurückerstatten müssen, denn ihr Reichtum ist auf Kosten der Armen entstanden.

Martin Gück

Steuergerechtigkeit jetzt! Die „Zachäus-Kampagne“ der weltweiten Ökumene



Die Zachäus-Kampagne für globale soziale und ökologische Steuergerechtigkeit ist Teil des „Für eine neue internationale Finanz- und Wirtschaftsarchitektur“-Prozesses (dessen englisches Akronym lautet NIFEA), einer gemeinsamen Initiative des Ökumenischen Rates der Kirchen, des Lutherischen Weltbundes, der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen, des Weltrates methodistischer Kirchen und des Weltmissionsrates. Der

Es ist unfassbar: Lediglich acht superreiche Menschen besitzen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Und in Deutschland besitzt das oberste Zehnprozent rund Zweidrittel des Gesamtvermögens. Solche Verteilungsverhältnisse sind kein Naturereignis, sondern sind ökonomisch gewollt und wurden politisch nicht zuletzt durch die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte gemacht. Es ist ein Erfordernis der Gerechtigkeit, dass die Reichen zurückerstatten, damit die Armen zu ihrem Recht kommen – wie es Zachäus getan hat. Damit die Spaltung zwischen Arm und Reich auch hierzulande bekämpft wird, muss endlich Steuergerechtigkeit zum Thema auch in den Kirchen werden.

*Franz Segbers, Dr., 1. Vorsitzender der BAG LINKE Christ*innen*

Öffentlichkeit erstmals vorgestellt wurde die Kampagne beim Zusammentreffen des Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (kurz: HLPF) am 11. Juli 2019 in New York; seither sind alle Mitgliedskirchen der vorgenannten ökumenischen Organisationen eingeladen, sich in die weltweite Kampagne einzubringen sowie diese in den je eigenen Kontexten bekannt zu machen.

Genese der Kampagne

Der NIFEA-Prozess wurde in Reaktion auf die weltweite internationale Finanzkrise von 2008 auf den Weg gebracht, da die „versprochenen politischen Veränderungen bis heute weitestgehend ausgeblieben und die Auswirkungen des Finanzsystems damit unverändert zerstörerisch und spalterisch sind“ (NIFEA-Aktionsplan). Um das „sündhafte“ globale Wirtschafts- und Finanzsystem in eine Wirtschaft im Dienst des Lebens umzuwandeln, initiierten die NIFEA-Trägerorganisationen im Laufe des Jahres 2019 die Zachäus-Kampagne, die sich unter Bezugnahme auf die transformative Geschichte von Zachäus auf lokaler, nationaler und globaler Ebene für Steuergerechtigkeit einsetzt und sich hierzu vor allem mit

sozialen und ökologischen Schulden des globalen Nordens gegenüber dem globalen Süden – einschließlich Reparationszahlungen für Kolonialismus und Sklaverei – befasst. Das Konzeptpapier der Kampagne macht in den Themenbereichen Steuergerechtigkeit und Wiedergutmachung eine zentrale Herausforderung an unsere gegenwärtige weltweite Ordnung aus und versteht sie als unverzichtbare Bausteine für die Schaffung einer zukünftigen. Vor allem die Besteuerung wird als ein zentrales Instrument erachtet, um Reichtum innerhalb und zwischen Ländern gerecht zu (ver-)teilen sowie Unternehmen und Bürger*innen im Hinblick auf die Wahrung des Gemeinwohls, einschließlich der globalen Gemeingüter, zur Verantwortung zu ziehen. „Steuern sind somit ein außerordentlich zweckmäßiges Hilfsmittel, um Wiedergutmachung und einen fairen Täter-Opfer-Ausgleich im Sinne restaurativer Gerechtigkeit zu gewährleisten.“



Anliegen der Kampagne

Wesentliche konkrete Forderungen der Kampagne lauten wie folgt:

- „Wir fordern die Einführung progressiver Vermögensteuern auf globaler und nationaler Ebene, um die zunehmende Konzentration des Reichtums in den Händen immer mächtiger werdender Weniger einzudämmen, Hand in Hand mit erhöhten öffentlichen Ausgaben zur Bekämpfung der Armut. Die Einführung einer globalen, umfassenden Vermögensteuer auf der Grundlage des Picketty-Vorschlags für eine Vermögensteuer von

1% auf Vermögen zwischen 1 und 5 Millionen Euro und eine Vermögensteuer von 2% für Vermögen über 5 Millionen Euro – zusammen mit Erbschafts- und anderen Vermögensteuern auf nationaler Ebene – kann die sich immer weiter vergrößernde Ungleichheit beseitigen und gleichzeitig Milliarden für Gesundheit, Bildung und andere wichtige soziale Dienste aufbringen;

- Wir fordern dringend progressive Kohlenstoff- und Abgassteuern auf verschiedenen Ebenen, um unser einzigartiges planetarisches Zuhause zu schützen. Studien, darunter auch des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC), zeigen, dass es ein begrenztes und schnell schwindendes Zeitfenster gibt, um einen katastrophalen Klimawandel zu verhindern. CO₂-Steuern, insbesondere für große Unternehmen und wohlhabende Verbraucher, können dazu beitragen, Emissionen einzudämmen, Einnahmen für Investitionen in erneuerbare Energien sowie für die Deckung der Kosten von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen zu generieren und Entschädigungen für klimabedingte Verluste und Schäden in einkommensschwachen und gefährdeten Ländern zu finanzieren;

- Wir fordern den Schuldenerlass als weitere Maßnahme, um den durch den transatlantischen Sklavenhandel verarmten Nationen sowie den mit den Folgen des außer Kontrolle geratenen unkontrollierbaren Klimawandels konfrontierten Ländern, Wiedergutmachung und Wiederaufbau zu ermöglichen. Der Schuldenerlass würde dazu beitragen, Ressourcen freizusetzen, um die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen der oben genannten Nationen zu bewältigen, die oft auf ungerechte wirtschaftliche Bedingungen zurückzuführen sind, die von den ehemaligen Kolonialmächten auch nach der Unabhängigkeit noch aufgezwungen werden. Eine weitere Umschuldung ist nicht akzeptabel, da die Schulden, die auf ein asymmetrisches Wirtschaftssystem zurückgehen, unrechtmäßig sind;

- Wir rufen die Kirchen auf, die Fragen der gerechten Besteuerung und der Wiedergutmachung von Sklaverei und ökologischen Schulden durch die Linse der Bundesbeziehungen, in die Gott uns untereinander und mit der Erde gesetzt hat, wahrzunehmen und zu untersuchen. Wir drängen auf kreative und prophetische Lesarten der Zachäusgeschichte in Lukas 19,1-10. Wir laden

die Kirchen ein, die gute Nachricht von Zachäus anzunehmen, sie in ihrem Leben zu vertreten und in ihren jeweiligen Kontexten Zeugnis abzulegen von gerechter Besteuerung und Wiedergutmachung.“

Ziele der Kampagne

Der Kampagne liegt die Überzeugung zugrunde, dass Kirchen eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung nationaler und internationaler Steuersysteme spielen können und sollten, die einerseits Beschäftigung, Geschlechtergerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit sowie Umverteilung von Einkommen und Vermögen befördern und spekulatives, schadstoffreiches sowie ressourcenintensives Wirtschaften andererseits maßregeln bzw. ahnden. Auf diesem Hintergrund will die Kampagne vor allem der Bewusstseinschärfung innerhalb der Kirchen und ihrer Gemeinden im Blick auf die mit Steuergerechtigkeit und Wiedergutmachung verbundenen Zusammenhänge wie zugleich auch einer diesbezüglichen politischen Lobby- und Anwaltschaftsarbeit bis hinauf auf höchste politische Ebenen dienen.

Die Zachäus-Kampagne in Deutschland

In Deutschland hat sich auf Initiative von Kairos Europa ein breites Bündnis von inzwischen 25 evangelischen und katholischen Diensten und Werken sowie ökumenischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen formiert (darunter u.a. Brot für die Welt, Misereor, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, der Reformierte Bund, die Alt-Katholische Kirche, das Netzwerk

Steuergerechtigkeit, Südwind, die Jesuitenmission), das sich am 4. Oktober dieses Jahres mit einer viel beachteten Auftaktveranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Auf Grundlage des auf den hiesigen (kirchen-)politischen Kontext zugeschnittenen Zachäus-Appells will sich die deutsche Kampagne im Laufe der kommenden Legislaturperiode vor allem für eine progressive Vermögensbesteuerung, für angemessene CO₂-Steuern und Preise für Emissionszertifikate sowie wirksame Maßnahmen zur Unterbindung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung stark machen.

Die so erzielten Einnahmen sollten auch zur Finanzierung eines globalen Solidarfonds für soziale und Klimagerechtigkeit unter dem Dach der Vereinten Nationen genutzt werden, der gemäß der globalen sozial-ökologischen Herausforderungen demokratisch, partnerschaftlich, transparent und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft über die Mittelverwendung entscheidet.

Zudem werden die Kirchen aufgerufen, ihrer Verantwortung gerecht werden und mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie ihre eigenen Finanzen im Einklang mit den Zachäus-Prinzipien für eine gerechte Besteuerung und im Sinne einer nachhaltigen und fairen Nutzung von Ressourcen verwalten.

Martin Gück ist Dipl.-Volkswirt, Geschäftsführer von Kairos Europa und Koordinator der deutschen Zachäus-Kampagne.

Zachäus-Appell

Finanz- und Schulden-Krise, Klimawandel, Artensterben, Ungleichheit und vieles mehr bedrohen (Über-)Leben und Zusammenhalt der Menschheit. Die Corona-Krise verschärft die vorhandenen Verteilungskämpfe. Dies wird zunehmend erkannt, und eine wachsende Anzahl von Menschen realisiert, dass wir diese Krisen nur gemeinsam bewältigen können. Dies ist umso nötiger, da arme Länder ungleich härter von diesen Krisen getroffen werden und zugleich im Vergleich zu reichen Ländern weniger Mittel haben, mit diesen umgehen zu können.

Zudem wird zunehmend erkannt, dass der ungleich verteilte Reichtum in dieser Welt auch auf ungerechten Strukturen beruht, die sich seit der Kolonialzeit entwickelt und Ausbeutung und Unterdrückung bis heute verfestigt haben. Hierzu passt die biblische Figur des sich selbst bereichernden Zöllners Zachäus, der sich in einem Moment der Erkenntnis und Umkehr entschloss: „Die Hälfte meines Vermögens will ich den Armen geben, und wenn ich von jemand zu viel gefordert habe, gebe ich ihm das Vierfache zurück“ (Lukas 19,8). Freilich: Wir können

hinsichtlich der Lösung heutiger Weltprobleme nicht auf Einsicht, Umkehr und Philanthropie finanzkräftiger Personen, Konzerne und Länder warten, um den notwendigen Wandel anzustoßen. Vielmehr drängt die Zeit, und die Kosten für die Bewältigung der Krisen und ein sozial-ökologisches Umsteuern fallen schon jetzt an. Deshalb möchten wir uns hiermit der weltweiten Zachäus-Kampagne für Steuergerechtigkeit¹ der ökumenischen Initiative *New International Financial and Economic Architecture* (NIFEA) anschließen und wenden uns in Anlehnung an deren Kampagnen- und Aktionsplan an die Bundesregierung und die Europäische Union:

- Wir fordern Schuldenerlasse, um Staaten im globalen Süden bei der Bewältigung akuter Krisen, darunter v.a. die Corona-Krise und der globale Klimawandel, zu unterstützen.
- Wir fordern die Einführung einer progressiven Vermögensbesteuerung auf globaler und nationaler Ebene, um der zunehmenden Konzentration des Reichtums in den Händen immer mächtiger werdender Weniger entgegenzuwirken, in Verbindung mit der Erhöhung öffentlicher Ausgaben zur Überwindung von Armut.
- Wir fordern wirksame Maßnahmen zur Unterbindung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung durch transnationale Unternehmen und reiche Einzelpersonen.
- Wir fordern nachdrücklich die Einführung von progressiven CO₂-Steuern und angemessene Preise für Emissionszertifikate auf allen Ebenen, um unseren Planeten zu schützen. Für sozial benachteiligte Haushalte ist dabei auf eine kostenneutrale Ausgestaltung zu achten.
- Wir fordern die sofortige Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Währungen und Derivaten, um schädlichen spekulativen Aktivitäten an den Finanzmärkten entgegenzuwirken.
- Die so erzielten Einnahmen sollten nach unseren Vorstellungen auch zur Finanzierung eines globalen Solidarfonds für soziale und Klimagerechtigkeit unter dem Dach der

Vereinten Nationen genutzt werden, der gemäß der globalen sozial-ökologischen Herausforderungen demokratisch, partnerschaftlich, transparent und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft über die Mittelverwendung entscheidet.

Damit (auch) Kirchen und ihre Dienste, Werke und Einrichtungen in Deutschland ihrer Verantwortung gerecht werden und mit gutem Beispiel vorangehen, erwarten wir von ihnen kreative und prophetische Lesarten der Zachäusgeschichte (Lukas 19,1-10) und ein konsequent prophetisches Handeln:

- Wir rufen die Kirchen auf, die Fragen der gerechten Besteuerung und der Wiedergutmachung von Kolonialismus und ökologischen Schulden im Sinne der gemeinsamen Verantwortung für Mensch und Schöpfung wahrzunehmen.
- Wir ermutigen die Kirchen, sich der Zachäus-Kampagne anzuschließen und sich bei nationalen Regierungen und globalen Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen für Steuer- und wiedergutmachende Gerechtigkeit einzusetzen.
- Schließlich rufen wir die Kirchen auf, ihre eigenen Finanzen im Einklang mit den Zachäus-Prinzipien für eine gerechte Besteuerung und im Sinne einer nachhaltigen und fairen Nutzung von Ressourcen zu verwalten.

Dieser Appell basiert auf der weltweiten, von Ökumenischem Rat der Kirchen, Lutherischem Weltbund, Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen und Weltmissionsrat initiierten Zachäus Tax Campaign (siehe <http://werc.ch/zactax>).

Unterstützer:

Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der Evangelischen Kirche von Westfalen, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland, Arbeitsstelle Eine Welt in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR, Brot für die Welt – Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung, Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg, Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz, Jesuitenmission, Kairos Europa, Katholische

*Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands,
Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der
Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern,
Kirchlicher Entwicklungsdienst der Ev. Kirche in
Hessen und Nassau und der Ev. Kirche von
Kurhessen-Waldeck, Kirchlicher
Entwicklungsdienst in der Evangelischen
Landeskirche in Baden, Netzwerk
Steuergerechtigkeit Deutschland, Oikocredit
Förderkreis Hessen-Pfalz, Ökumenische
FriedensDekade, pax christi - Deutsche Sektion,
Pro Ökumene, Reformierter Bund in
Deutschland, Stiftung Oekumene, Südwind –
Institut für Ökonomie und Ökumene, Werkstatt*

Axel Troost

Es ist Zeit für eine gerechte Steuerpolitik

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Leistung unserer Wirtschaft so stark gewachsen, dass man mit Blick auf die ökologischen Grenzen längst von einer Überproduktion sprechen muss. Trotzdem kommen im Jahr 2021 in Deutschland Menschen trotz Vollzeitjobs kaum über die Runden, wächst jedes fünfte Kind in Armut auf und droht immer mehr Menschen Armut im Alter. Gleichzeitig lässt sich zeigen, dass diejenigen, die ohnehin schon im Reichtum lebten, weit überproportional von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert haben. Laut World Inequality Database entfielen im Jahr 1980 23 Prozent des nationalen Einkommens nach Steuern auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, in 2018 waren es fast 30 Prozent. Besonders drastisch ist die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung. Laut Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung konzentrieren sich mit 62 Prozent fast zwei Drittel des deutschen Privatvermögens auf die reichsten zehn Prozent der Haushalte. Das reichste Prozent besitzt mit 35 Prozent mehr als ein Drittel. Damit verbunden ist auch große wirtschaftliche Macht und ein starker Einfluss auf die Politik. Es handelt sich also nicht nur um ein Gerechtigkeits-, sondern auch um ein Demokratieproblem.

Das muss nicht so sein. Der französische Ökonom Thomas Piketty und viele andere haben den weltweiten Trend zur Ungleichheit gut herausgearbeitet. Zugleich zeigen die Daten auch, dass es historisch Phasen zunehmender Gleichheit gab – insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als hohe Steuern auf große Einkommen

*Ökonomie, Zentrum für entwicklungsbezogene
Bildung der Evangelischen Landeskirche in
Württemberg*

Kontaktanschrift:

Martin Gück, Kairos Europa e.V.
im WeltHaus | Willy-Brandt-Platz 5 | 69115
Heidelberg
Fon: 06221-800255 | Mobil: 0176-54471059
E-mail: gueck@kairoseuropa.de |
www.kairoseuropa.de

und Vermögen erhoben wurden. Dies hat sich jedoch in den vergangenen 50 Jahren stark geändert.

Noch unter Helmut Kohl lag der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer bei 53 Prozent. Heute liegt er dank der rot-grünen Steuerreform von 2000 bei 42 Prozent (bei Einkommen über 250.000 Euro gilt seit 2007 ein zusätzlicher Zuschlag von 3 Prozent, der statt Reichensteuer besser Reichensteuerchen genannt werden sollte). Die im Grundgesetz enthaltene Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben, weil sich der Gesetzgeber weigert, ein verfassungskonformes Gesetz zu beschließen. Bei der Erbschaftsteuer werden hohe Erbschaften zwar formal hoch besteuert, was aber nur auf dem Papier so ist, weil es umfangreiche Ausnahmen für Betriebsvermögen gibt. Die Mehrwertsteuer, die wie andere Verbrauchsteuern relativ zum Einkommen vor allem ärmere Haushalte belastet, wurde hingegen 2006 auf 19 Prozent erhöht. Im Endeffekt bleibt von der Progression des Steuersystems, das reiche Haushalte wegen ihrer Leistungsfähigkeit höher belasten soll, erstaunlich wenig übrig. Hinzu kommt, dass sich eine professionelle parasitäre Steuervermeidungsindustrie breit gemacht hat, deren Umfang sich aus Finanzstatistiken kaum ablesen lässt. Wer sich die richtige Beratung einkauft, findet die richtigen Rechtskonstruktionen und verschiebt sein Geld lieber in Steueroasen oder findet andere Schlupflöcher, um Steuern zu vermeiden. Wer

besonders dreist ist, greift sogar zu kriminellen Praktiken und hat gute Chancen, angesichts überforderter Verwaltungen und Justiz damit durchzukommen.

Die linken Alternativen dazu liegen seit Jahren auf dem Tisch: Wir brauchen eine aufkommensneutrale Einkommensteuerreform, die niedrige und mittlere Einkommen entlastet und hohe Einkommen belastet. Die Vermögensteuer muss mit einem progressiven Satz wieder erhoben werden, die Lasten der Coronakrise durch eine Vermögensabgabe abgetragen werden. Bei der Erbschaftsteuer müssen die Privilegien für Betriebsvermögen aufgehoben werden und der Steuersatz für hohe Erbschaften und Schenkungen erhöht werden. Mit einer Finanztransaktionsteuer können spekulative Finanzmarktgeschäfte besteuert und zurückgedrängt werden. Unternehmen müssen stärker besteuert werden, viel wichtiger als ein höherer Steuersatz sind jedoch konsequente Maßnahmen gegen Gewinnverschiebungen und andere Steuergestaltungen. Zudem müssen die Daumenschrauben gegenüber Steueroasen und Personen und Unternehmen, die dort ihr Geld hinbringen, angezogen werden. Die Steuerverwaltung muss aufgestockt und technisch ins 21. Jahrhundert gebracht werden.

Diese Steuerpolitik bedeutet das Bohren dicker Bretter. Den meisten Steuergesetzen müssen sowohl Bundestag als auch Bundesrat zustimmen, auf europäischer Ebene ist Einstimmigkeit erforderlich. Mit Union und FDP sind die meisten dieser Projekte nicht zu machen. Mit einer Ampel-Koalition ist steuerpolitischer Stillstand vorprogrammiert. Gerechte Steuerpolitik ist etwas, wofür die LINKE dringend gebraucht wird, wo sie glaubwürdig ist und für ein positives gesellschaftliches Projekt steht. Vielen Menschen sind die Zusammenhänge nicht klar, auch weil die Gegenseite viele Steuermythen verbreitet. Wir haben aber die besseren Argumente, mit denen mit unseren Vorschlägen überzeugen können.

Dr. Axel Troost

** Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe)*
<https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/>

** Senior Fellow für Wirtschaftspolitik beim Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung*
<https://www.rosalux.de/stiftung>

** Mitglied im Vorstand des ISM - Institut Solidarische Moderne* <https://www.solidarische-moderne.de/>

** Mitglied im Parteivorstand DIE LINKE*

Ernennung zur Ehrenvorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft LINKE Christ*innen

Die BAG LINKE Christ*innen hat auf seiner Sitzung am 20. Oktober 2021 die bisherige Vorsitzende der BAG Ilsegrit Fink zu ihrer Ehrenvorsitzenden ernannt. Sie gehörte 1990 nicht nur zu den Gründerinnen der AG Christinnen und Christen in und bei der PDS, sondern auch zu den Mitgründerinnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die BAG will damit das jahrzehntelange Engagement von Ilsegrit für Frieden und Sozialismus ehren.

Ilsegrit Vaje wurde am 29.7.1932 in Hannover geboren. Nach dem Abitur studierte sie von 1951 bis 1956 Theologie in Jena. Bis 1959 war sie im Reisedienst der evangelischen Studentengemeinden in der DDR. Sie arbeitete als Studienleiterin in der Evangelischen Akademie zu Berlin. Durch die Heirat mit Heinrich Fink verlor sie die Rechte der Ordination und durfte sich hiernach nicht mehr Pastorin nennen. Sie arbeitete bis zur Wende als Theologin in der

Krankenhaus-Seelsorge. Nach 1989 war sie Religionslehrerin im öffentlichen Schuldienst.

Conrad Wilitzki

Zur Debatte:

Mitgliedschaft von Kindern in Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften

Unverständlich ist mir, warum Die Linke diese bürgerlich rechtliche Seite der Zugehörigkeit von Heranwachsenden Menschen in ihren vielfältigen prägenden Kontexten so wie geschehen hat regeln wollen und sich dabei verhoben hat. Diese Spuren warnen!

Die LINKE verlautbart dazu:

„Eine (automatische) Mitgliedschaft von Kindern in Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften der Eltern lehnen wir ab. Ein Beitritt darf nur selbst und nach dem Erreichen einer Religionsmündigkeit erfolgen“,
so im Wahlprogramm S. 124.

Das widerspricht der UN-Kinderrechtskonvention Artikel 14, wo die Rechte der Kinder und der Eltern bestimmt werden; bekanntlich gilt für Deutschland seit 1921 (zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2008, dort § 1), dass die Eltern bis zum 14. Lebensjahr darüber entscheiden. Zum elterlichen Sorgerecht gehört auch das Erziehungsrecht, das die religiöse Erziehung einschließt.

Ferner: Es ist verfassungsrechtlich so: Dass die Religionsgemeinschaften die Frage, wie man in ihnen die Mitgliedschaft erwirbt, aufgrund ihres Selbstbestimmungsrechtes selbständig ordnen.

Peinlich und aus der Zeit gefallen ist die Forderung der Partei Die Linke im Wahlprogramm, weil es nicht nur um die Kindertaufe geht, sondern auch jüdisches und muslimisches Leben in Deutschland in Zukunft nicht mehr möglich sein wird. Denn die Beschneidung im Kindesalter ist nicht mehr möglich, sobald Die Linke politisch mehrheitlich in der Bundesrepublik Deutschland Macht hat. Es wäre dann ein Grund gegeben, dass auch diese Bevölkerungsgruppen – erneut – auswandern müssten. Von mir selber als Dissidentischem ganz zu schweigen.

Diese Festlegung im Wahlprogramm der

Linkspartei widerspricht auch sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Einsichten, von der allgemeinen „normalen“ Lebenserfahrung ganz zu schweigen. Denn wir Menschen sind keine abstrakten Individuen, die in einem bestimmten Alter ihre Zugehörigkeit zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft durch Beitrittsbeschluss regeln. In einem bestimmten Alter treten Menschen aus – oder ein, oder mal aus und dann wieder ein bzw. wechseln von einer zur anderen; manche erwägen sogar hybride Zugehörigkeitsformen. Von Geburt an entwickeln Menschen unsere menschliche Persönlichkeit mit allen Facetten und einer lebenslangen Findungs-, Such- und Lernbewegung, mit und ohne existenzielle Brüche. Das ist gut so. Mit dem Tod endet dieser ab Geburt begonnene „Lebensweg“. Die menschliche Prägung von Geburt an durch Familie, Freundschaften, Gesellschaft, Erbmitgaben(u.U. Erbmitgiften) und eigenem persönlichen reflektierenden Umgang mit solchem allen – das ist ein „weites Feld“, eine Art Humus. Ich erinnere auch an die analytische Regel: Erinnern – Wiederholen – Durcharbeiten!

Die Linke ist mit dieser peinlichen Entgleisung da angekommen, wo totalitäre dogmatische Propagandisten und politische Machthaber seit Jahrhunderten falsch lagen, immer wieder gescheitert sind. Wenn es der Ernst dieser Partei ist, wäre es zu verzweifeln, nicht nur im Blick auf diese Frage sondern mit der politischen Reife und Zukunftsfähigkeit dieser Partei.

Hartmut Dreier: Pfarrer i.R., Seit 1968 Mitarbeiter an der linken unabhängig kritischen Vierteljahreszeitschrift AMOS. Gemeindepastor in Marl/Ruhrgebiet 1977 – 1999 mit interkulturellen Projekten (z.B. jährliches Abrahamsfest seit 2001).

Publikationen

Hinweise ITP

Neuerscheinung: Kuno Füssels gesammelte Schriften in sieben Bänden

Mit welchem Recht kann Theologie beanspruchen, eine Wissenschaft zu sein? Hat Religion notwendig Ideologiecharakter, oder trifft dies nur auf ihre bürgerliche Form zu? Gibt es einen eigenständigen, religiösen Sprachgebrauch?

Diese und viele weitere Fragen sind Ausgangspunkte des umfassenden Werkes in sieben Bänden zu materialistischer Bibellektüre, Religionskritik, Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie, Befreiungstheologie und Politischer Theologie, Marxismus und linker Theorie – allesamt gesammelte Texte des Theologen Kuno Füssels, herausgegeben zu seinem 80. Geburtstag.

Gesammelte Schriften: Kuno Füssel, Maria Klemm, Odilo Noti, Michael Ramminger (Hrsg.)

Band I-VII, Edition-ITP-Kompass und Edition Exodus, Luzern/Münster 2021, Preis: 224,00 €

Bestellbar bei buecher@itpol.de

Rechte Normalisierung und politische Theologie. Eine Standortbestimmung

Hg. von Collet, Jan Niklas / Lis, Julia / Taxacher, Gregor

In dieser Publikation des Arbeitskreises Politische Theologie (<https://www.itpol.de/rechte-normalisierung-und-politische-theologie-eine-standortbestimmung/#more-4230>), in dem wir als ITP mitarbeiten, soll der Frage nachgegangen werden: Drohen rechte Positionen „normal“ zu werden in der Gesellschaft? Ausgangspunkt für eine Antwort ist eine sozialwissenschaftliche Analyse rechter Positionen und ihres gesellschaftlichen Kontextes. Die theologischen Reflexionen dieses Bandes sehen die Frage nach dem Umgang mit der „rechten Normalisierung“ nicht bloß als eine pragmatische,

sondern als eine genuin theologische: Kann eine politische Theologie hier gegensteuern? Wo braucht es ihre Parteilichkeit und prophetische Unterbrechungen?

Verlag Friedrich Pustet und Institut für Theologie und Politik, Regensburg 2021, 280 Seiten, ISBN/EAN: 9783791732879, Preis: 26,95 €.

Buch bestellbar unter: buecher@itpol.de

(eine ausführliche Rezension erscheint in der nächsten micha.links)

Online-Veranstaltung: Theologie der Befreiung: Geschichte eines Konfliktes. Neue pastorale Praxis oder prophetische Intervention? Diskussionsveranstaltung am 1. Dezember 2021

50 Jahre ist es her, dass Gustavo Gutiérrez das für die lateinamerikanische Befreiungstheologie richtungsweisende Buch „Theologie der Befreiung“ veröffentlicht hat. Bis heute gibt es ein Ringen um ein befreiendes Christentum, um seine Verwässerung und seinen Relevanzverlust. Dies möchten wir zum Anlass nehmen, in unserer international besetzten Online-Veranstaltung zu fragen, woher kam die Befreiungstheologie, was macht(e) sie aus und welche Wirkungsgeschichte hat sie bis heute und welche Konflikte um die Rezeption ergeben sich daraus? Weitere Infos und Zuganglink in Kürze unter www.itpol.de

Broschüre zur Anstiftung von ChristInnen zur widerständigen Praxis für Klimagerechtigkeit erschienen

Die Initiative „[Die Kirche\(n\) im Dorf lassen](#)“ hat die Broschüre „Christliche Perspektiven auf den Widerstand im Rheinischen Braunkohlerevier“ herausgegeben, die widerständige Praxis am Tagebau Garzweiler dokumentiert und sich gezielt an ChristInnen wendet, mit dem Aufruf auch anderswo aktiv zu werden gegen die Zerstörung der Schöpfung. Das 50-seitige bebilderte Heft mit

Beiträgen zu den Erfahrungen im Rheinland, theologischen Reflexionen und konkreten Handlungsbausteinen kann gerne auch in größerer Stückzahl unter kontakt@itpol.de bestellt werden (kostenfrei, zzgl. Portokosten) zum Weitervertreiben in Gemeinden, Schulklassen, kirchlichen Initiativen und an interessierte Einzelpersonen.

=====

Neuerscheinung; Marie Veit: Gottes und der Menschen Genossin – Lebenswerk in zwei Bänden

Im ersten Band *Gottes und der Menschen Genossin* werden Stationen ihrer Biographie geschildert, er bietet eine komplette Werkbiographie und schließt mit Kapiteln zu Grundzügen der Theologie Marie Veits und einem biographischen Porträt. Das Geleitwort hat Fulbert Steffensky geschrieben, ein Mitstreiter und Mitglied des Freundeskreises von Marie Veit.

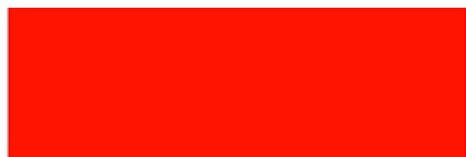
Der zweite Band enthält 41 Texte Marie Veits aus den Jahren 1972 bis 2000: Predigten und Meditationen, wissenschaftliche Aufsätze sowie Vortragsmanuskripte. Nun kann das Werk dieser bedeutenden Theologin, Religionspädagogin und Sozialistin neu erschlossen und gewürdigt werden.

Band I: Gottes und der Menschen Genossin. Marie Veit – Bibelwissenschaftlerin, Religionspädagogin, Sozialistin

Gottfried Orth, mit einem Geleitwort von Fulbert Steffensky, Edition ITP-Kompass, Münster 2021, ISBN: 978-3-9819845-9-0, 314 Seiten, 19,80 €

Band II: Gottes und der Menschen Genossin. Marie Veit: Texte 1972–2000

Tagungen / Termine



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

**Religionspolitisches Kolloquium 2021
am 3./4. Dezember 2021 in der RLS**

Gottfried Orth (Hg.), Edition ITP-Kompass, Münster 2021, ISBN: 978-3-9822052-7-4, 478 Seiten, 22,80 €

Beide Bände zusammen können bis zum 30. November 2021 direkt bei uns zum **Sonderpreis von 34,80 €** bestellt werden.

Bestellbar bei buecher@itpol.de

=====

Neuerscheinung: Kapitalismus: Kult einer tödlichen Verschuldung. Walter Benjamins prophetisches Erbe.

Als Startschuss für unseren diesjährigen inhaltlichen Schwerpunkt zu Walter Benjamins Fragment „Kapitalismus als Religion“ haben wir einen internationalen Sammelband herausgegeben. Die hier anlässlich dieses Jubiläums versammelten Beiträge versuchen, den von Walter Benjamin mit seinem Text durch das komplexe Universum der kapitalistischen Moderne geöffneten Bahnen zu folgen.

=====

Kuno Füssel/ Michael Ramminger (Hg.): Kapitalismus: Kult einer tödlichen Verschuldung. Walter Benjamins prophetisches Erbe.

Edition ITP-Kompass, Münster 2021, 364 Seiten, Preis: 22,80 €. Bestellbar unter buecher@itpol.de

**am Franz-Mehring-Platz 1, 10243
Berlin – Hybrid-Veranstaltung**

Gegen den dualistischen Blick auf Religion und Gesellschaft: Antonio Gramscis Impulse für den Kampf um kulturelle Hegemonie heute

Antonio Gramsci war in den achtziger Jahren ein wichtiger Stichwortgeber für emanzipatorisch engagierte Gruppen und Bewegungen in Europa und weltweit. Doch auch Vordenker der politischen Rechten haben sich seither auf ihn berufen und ihre Erfolge scheinen ihnen recht zu geben. Was bedeutet Gramscis Konzept der „kulturellen Hegemonie“ für

die heutige Linke? Welche Rolle spielt darin der Faktor Religion? Wo entfalten religiöse Akteure und Überzeugungen eher herrschaftskonforme, wo eher widerständige und emanzipatorische Wirkung? Wie lassen sich lähmende Klischees überwinden zugunsten kooperativer Ansätze?

Diesen Fragen nähern sich unsere Referentinnen und Referenten aus mehreren Ländern, mit Gramsci- und Marxismus-Expertise und mit vielfältigen Erfahrungen gesellschaftlicher Relevanz religiöser Akteure und Perspektiven.

PROGRAMM

03.12.2021, 17.00-19.00 Uhr

Gramsci und die Religion (online-Vortrag)

PD Dr. Jan Rehmann, New York,
Historiker/Philosoph, Dozent am United
Theological Seminary; Redaktionsmitglied beim
Argument, Autor im *HKWM*

04.12.2021, 10.00-17.00 Uhr

Anne Steckner, Berlin: Bizarrer Alltagsverstand in bizarren Zeiten: Herausforderungen an die gesellschaftliche Linke,

Dr. Sabine Kebir, Berlin: Zivilgesellschaft, Kultur und Hegemonie bei Gramsci und die Rezeption in Algerien;

Michel Löwy, Paris: Marx und Gramsci im linken Katholizismus in Brasilien;

Dolores Zoé Bertschinger, München: Zur Relevanz von kulturellen und religiösen Faktoren in Alltag und politischem Verhalten.

Zu den aktuellen Herausforderungen im Ringen um kulturelle Hegemonie diskutieren Janine Wissler (angefragt), Christine Buchholz und gesellschaftlich engagierte Angehörige von Religionsgemeinschaften.

Weitere Informationen, Zoom-Link und Programm werden in den nächsten Tagen auf Anfrage zugesandt und sind abrufbar auf der Webseite der RLS.

Cornelia.Hildebrandtd@rosalux.org

Rosa Luxemburg Stiftung



Termine des ITP

01. Dezember 2021: Online-Diskussion: Theologie der Befreiung: Geschichte eines Konfliktes. Neue pastorale Praxis oder prophetische Intervention? Weitere Infos und Zugangslink in Kürze unter www.itpol.de

31. August-08. September 2022 in Karlsruhe: Casa Común aus Anlass der 11. internationalen Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen. Infos beim ITP.

Digitaler Stammtisch der BAG LINKE Christ*innen

Thema: Solidarische Ökonomie

Termin: Dienstag, 23. November 2021, 20h

Zugangslink über die Kontaktadresse:

Mechthild Greim: greim.mechthild@t-online.de

Digitales Treffen der LAG LINKE Christ*innen in Baden-Württemberg

Thema: Rechte Christen

Termin: Donnerstag, 9. Dezember 2021, 19h

Zugangslink über die Kontaktadresse:

Franz Segbers: mail@franz-segbers.de

Informationen zur aktuellen Veranstaltungen und Publikationen rund um linkes Christentum

Wer an Informationen über die aktuellen, befreiungstheologischen Aktivitäten, Veranstaltungen

und Publikationen des Instituts für Theologie und Politik (ITP) interessiert ist, den laden wir ein, eine Mail an kontakt@itpol.de zu schreiben und unseren ITP-Newsletter per Mail und/oder ITP-Rundbrief per Post kostenfrei zu bestellen.

Auf der Suche nach einer Utopie in der realen Transformation

18.02. - 19.02.2022

EVANGELISCHE AKADEMIE BAD BOLL

Dem momentanen Transformationsprozess mangelt es nicht nur an klar formulierten Zielen, auch ein Narrativ und ein Konzept müssen zuallererst noch entwickelt werden. In welche Richtung soll sich die Gesellschaft bewegen? Wie schaffen wir es, alle Menschen und Gruppen auf diesem Weg mitzunehmen, um die Zukunft

gemeinsam zu gestalten? Und welche Rolle können Religionen und Kirchen bei diesem Prozess spielen? Nur zusammen können wir eine neue Utopie entwerfen und sie in Realität verwandeln.

REFERENTEN / MITWIRKENDE u.a.

Prof. Dr. Klaus Dörre

Institut für Soziologie, Universität Jena

Dr. theol. Ina Praetorius

Freie Autorin. Mitbegründerin des Netzwerks
Wirtschaft ist Care, Wattwil

Aus der Bundesarbeitsgemeinschaft LINKE Christ*innen



Tätigkeitsbericht über die Arbeit der BAG - Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft Linke Christ*innen 2019-2021

Die Gründung der BAG erfolgte auf der Delegiertenversammlung am 20.6.2019 am Rande

des Kirchentages in Dortmund. Die BAG ist die Nachfolgeorganisation der AG Christen in und bei der Partei DIE LINKE (zuvor bei der PDS)

In den Vorstand wurden gewählt:

Für den LV Bayern: Mechthild Greim

Für LV Berlin: Ilsegret Fink, Thorsten Brenscheidt

Für den LV Hessen: Benno Pörtner

Für den LV Saarland: Walter Kappmeier

Für Neuaufbau NRW: Jürgen Klute

Sprecher des Vorstandes sind: Ilsegret Fink, Franz Segbers

Es fanden 11 Sitzungen statt.

Folgende Projekte initiierte die BAG.

1. Erstellung von Logo und Flyer für die Werbung.
2. Erstellung der Website auf der Seite der Bundespartei. Webmaster ist Helge Meves.
3. **September 2020:** Start der zentralen Mitgliederbetreuung über Vorstandsmitglied Mechthild Greim
4. **Online-Neumitgliedertreffen am 20.5.2021** mit 23 Teilnehmer*innen

5. **1. BAG Stammtisch**, Online, **10. 06. 2021** zum Thema: Die US-amerikanischen Evangelikalen und der Nahost-Konflikt mit der Referentin Annette Groth, frühere MdB der LINKEN
- 2. BAG Stammtisch**, Online, **15. 09. 2021** zum Thema: Religionspolitische Forderungen im Bundestagswahlprogramm mit Helge Meves. Weitere Themen: Der Angriff der CSU auf den Freien Sonntag und die Diskussion der umstrittenen Forderung, dass Mitgliedschaft in Religionsgemeinschaften erst nach Erreichen der Religionsmündigkeit möglich sein soll.
6. **13. Mai 2021: Online-Politisches Nachtgebet** in Zusammenarbeit mit dem Bund des Religiösen Sozialist*innen Deutschland und den Christ*innen für den Sozialismus fS beim Ökumenischen Kirchentag in Frankfurt 2021 mit einem Bibelgespräch zum Kirchentagsmotto mit MP Bodo Ramelow und Franz Segbers, eingestellt auf der Bundeswebsite der LINKEN.
7. Gründung der **LAG Berlin** im Dezember 2019 und der **LAG BaWü** am 7.10.2021.
8. Zur Unterstützung der Gesetzesinitiative von LINKE, FDP und Grünen eine PM zum Thema Staatsleistungen (auf dieser Basis hat Jürgen Klute in der Zeitschrift zeitzeichen einen Beitrag verfasst)

Franz Segbers, Konstanz, 19.10.2021

Vorstandswahlen

Auf der Delegiertenversammlung der BAG am 20. Oktober 2021 wurde der neue Vorstand und die Sprecher*in gewählt. Unsere bisherige Vorsitzende Ilseget Fink, Berlin, kandidierte nicht mehr.

Zu Vorsitzenden wurden gewählt Franz Segbers und Mechthild Greim.

In den erweiterten Vorstand wurden gewählt:

für die LAG Berlin Thorsten Brenscheidt,

für die LAG Bayern Eva Maria Schreiber,

für die LAG Hessen Benno Pörtner

und für die LAG im Aufbau in Nordrhein-Westfalen Walter Domanski.

Die Plätze im Vorstand für die LAG Baden-

Württemberg und Saarland bleiben vorläufig unbesetzt, da aus diesen Bundesländern keine Delegierten und Kandidat*innen entsandt wurden.

Aus dem Tätigkeitsbericht: Die Mitgliederentwicklung in der BAG LINKE Christ*innen ist gut, es kommen laufend Anfragen auf Mitgliedschaft, in den Wochen nach der Bundestagswahl vermehrt aus Nordrhein-Westfalen. Die Gründung einer LAG in NRW ist deshalb in den kommenden Monaten anvisiert.

Einstimmig beschlossen die Delegierten eine Satzungsergänzung zur Mitgliederdatenverwaltung. Alle Eintritte, Umzüge, Todesfälle und Austritte, die einer LAG gemeldet werden, sollen zeitnah an die BAG weitergeleitet werden. Für die kommenden zwei Jahre liegt die Mitgliederbetreuung der BAG weiterhin in der Verantwortung von Mechthild Greim.

Mechthild Greim. Landessprecherin LAG Bayern

Aus der LAG Baden-Württemberg



Mitteilung über die Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft Linke Christ*innen in Baden-Württemberg

Am 7. Oktober 2021 wurde eine Landesarbeitsgemeinschaft Linke Christ*innen in Baden-Württemberg gegründet. Die LAG Linke Christ*innen in Baden-Württemberg will sich mit folgenden Themen beschäftigen: Christen und sozialistische Praxis, Einwirken in Partei und die Kirchen; Vernetzungen so die inhaltlichen Themen Bedrohung des Friedens durch Aufrüstung wie Militär und Militärseelsorge, Bedrohung durch den Rechtsradikalismus, die Kraft der

Utopie und die Rolle der Ostkirchen.

In den Sprecherrat wurden Jannes Ihden, Sebastian Knapp und Franz Segbers gewählt. –

Wer in der neugewählten LAG Linke Christ*innen in Baden-Württemberg mitarbeiten will, ist herzlich eingeladen.

Kontakt: Franz Segbers mail@franz-segbers.de

AUS DER LAG BAYERN



Die LAG Christ*innen DIE LINKE Bayern wurde 2010 gegründet und ist seitdem kontinuierlich gewachsen auf 47 Mitglieder, davon sind 38 in der Partei.

Coronabedingt hatten wir 2020 nur eine Präsenzsitzung und haben 2021 deshalb Online eine Veranstaltung zum Thema „Ökosozialismus-Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft“ mit dem Referenten Dr. Bruno Kern durchgeführt, die sehr gut besucht war.

Auf unserer Präsenzversammlung am 18. 07.2021 in Nürnberg wählten wir unsere Delegierten für den Landesparteitag Bayern in Augsburg (16. 10. 2021) und für die BAG

Delegierten- und Mitgliederversammlung, die am 20. 10. 2021 Online stattfand.

Am 27.11.2021 ist unsere nächste Landesmitgliederversammlung in München (Präsenz) mit Neuwahlen der Landessprecher*innen für die

kommenden zwei Jahre.

Die LAG beteiligt sich in München regelmäßig am Kreis der Religionen im Rahmen des Corso Leopold. Sie ist Mitglied in der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg (nächste MV am 03. 12. 2021 in Nürnberg) und unterstützt die Initiative „Sicherheit neu denken“.

Wir beteiligen uns aktiv an Katholiken- und Kirchentagen mit kreativen Aktionen, sind im Gespräch mit Diözesanräten über Schreiben des Papstes wie „Laudato Si“ und „Fratelli Tutti“, organisieren Infostände an Landesparteitagen, wo wir über unsere Ziele und Positionen informieren und natürlich auch neue Mitglieder gewinnen wollen.

Bei Kundgebungen gegen unberechtigte Abschiebungen machen wir mit unseren Warnwesten, auf denen steht „Linke Christ*innen sind solidarisch“, auf uns aufmerksam.

Kontinuierlich sind wir aktiv gegen verkaufsoffene Sonntage, durch Infostände, Anträge an Stadt- und Kreisparlamente und Presseerklärungen.

Da Bayern ein flächenmäßig großes Bundesland ist, haben wir 4 Landessprecher*innen, jeweils zwei quotiert für den Norden und Süden Bayerns, wobei zur Zeit der Posten des männlichen Sprechers in Nordbayern vakant ist.

Bedauerlicherweise kamen bei der Bundestagswahl 2021 nur 4 Vertreter Bayerns in den Bundestag, unsere Landessprecherin Eva Maria Schreiber war leider nicht mehr dabei. Sie hatte in den vergangenen 4 Jahren zahlreiche Initiativen im Bereich Entwicklungspolitik gestartet (z.B. an einem fortschrittlichen Lieferketten-gesetz mitgearbeitet, das dann leider so nicht verabschiedet wurde) und viele Kontakte zu Nichtregierungsorganisationen geknüpft.

Die Erfahrungen und das Know-How aus dieser Zeit wollen wir für unsere Arbeit in der LAG Christ*innen DIE LINKE Bayern fruchtbringend nutzen. Bestätigt wird unsere Arbeit durch Neueintritte von jungen Genossinnen und Genossen in den letzten zwei Monaten.

Am Katholikentag 2022 in Stuttgart und am Kirchentag 2023 in Nürnberg werden wir uns wieder aktiv einbringen. In die Planungen in Nürnberg sind wir bereits mit eingebunden.

*Mechthild Greim. Landessprecherin LAG
Christ*innen DIE LINKE Bayern*

AUS DER LAG BERLIN

Unsere Vortragsthemen in den letzten Jahren waren z.B. Katakombenpakt; Amazonassynode 6.-27.10.2019; Dorothee Sölle; Theologie der Befreiung; Dietrich Bonhoeffer, NAK in der

DDR, Worthaus-Bewegung; Agismus; Transhumanismus; Libertarismus, Klimawandel- und Corona-Leugner*innen. Da in der Coronazeit unsere Sitzungen unmöglich wurden, erprobten wir seit Dezember 2020 auch Videokonferenzen. Wir verfügen über eine Facebook-Gruppe, eine Whatsapp-Gruppe, einen Telegram-Kanal und eine neue Website unter:

www.dielinke.berlin/partei/igag/lag-christinnen/

Conrad Wilitzki
LAG-Vorstand

Herausgegeben von der BAG LINKE CHRIST*NNEN i.Gr.

Redaktionsteam: Tobias Foß, Martin F. Herndlhofer, Julia Lis, Jürgen Klute, Christoph Rinneberg, Franz Segbers

Impressum und Bezug von micha.links

kostenfrei zu beziehen unter: greim.mechthild@t-online.de

Vorschau: Ausgabe micha.links 1/2022 (Februar 2022) zum Thema Linke christliche Organisationen